

Begriffe

EZB-Kredit

Abkürzung für den Kredit der Europäischen Zentralbank (EZB) an Griechenland. Der Kredit ist zwar ein Verstoß gegen die Grundsätze der EZB, weil er ihre politische Unabhängigkeit gefährdet, wurde aber, da es sich um eine Ausnahmesituation handelt, gewährt.

Finanzloch

Von einem ‚Finanzloch‘ spricht man im Allgemeinen bei einem verschuldeten Staatshaushalt. Es ist also ein Loch in der Staatskasse eines Landes. In der Euro-Krise ist im Staatshaushalt Griechenlands durch eine hohe Verschuldung ein besonders großes Finanzloch entstanden, das durch verschiedene Maßnahmen der europäischen Länder, der Europäischen Zentralbank und Griechenlands selbst gestopft werden muss.

Finanzpolitik

Der Begriff ‚Finanzen‘ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet frei übersetzt „Geld“ oder „Geldangelegenheiten“. Die Finanzen eines Staates sind demnach alle Geldgeschäfte, also Einnahmen und Ausgaben, die im Staat, z.B. durch seine Länder und Gemeinden betrieben werden. Das Wort ‚Politik‘ dagegen stammt von der griechischen ‚Polis‘ ab. Eine Polis war eine griechische Stadt, die sich selbst verwaltet hat. Die ‚Finanzpolitik‘ ist somit die Verwaltung der Gelder eines Staates.

Privatisierung

Der lateinische Begriff ‚privat‘ bedeutet ‚nicht öffentlich‘. Von Privatisierung spricht man, wenn ein Staat Teile seines öffentlichen Vermögens, z.B. Grundstücke, Unternehmen, Aktien, an Privatpersonen verkauft. Während der Euro-Krise wurden in Griechenland zum Schuldenabbau Anteile staatlicher Unternehmen, wie beispielsweise der Post, verkauft.

Rettungspaket

Hinter dem ‚Rettungspaket‘ verbirgt sich eine der ersten Maßnahmen, die 2010 durch die Euro-Länder vorgenommen wurden, um das Loch in der griechischen Staatskasse zu stopfen. Insgesamt wurden 110 Milliarden Euro bereitgestellt, die jedoch nicht ausreichten, um das Finanzloch zu stopfen.

Rettungsschirm

Hinter dem ‚Rettungsschirm‘ verbirgt sich eine finanzielle Hilfe für Griechenland und andere finanzschwache Länder Europas in der Höhe von rund 700 Milliarden Euro, die von den Euro-Ländern bereitgestellt wurden, um die Euro-Krise zu lösen.

Sparmaßnahmen

Neben anderen Maßnahmen durch die Staaten der Europäischen Union und die Europäische Zentralbank um der Euro-Krise beizukommen, sind die ‚Sparmaßnahmen‘ eine Maßnahme Griechenlands, um das Finanzloch zu beseitigen. Die Bestimmungen der griechischen Regierung sorgten jedoch für zahlreiche Proteste in der Bevölkerung, die nicht bereit war, die Folgen der Misswirtschaft des Staates zu tragen.

Schulden

Die Anhäufung einer großen Menge von Schulden, die Griechenland aus eigener Kraft nicht mehr zurückzahlen kann, hat dazu geführt, dass die Bonität (Kreditwürdigkeit) des Landes gesunken ist. Es hat dadurch so gut wie keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt.

Währungsunion

Eine Währung ist das offiziell gültige Zahlungsmittel eines Landes. Eine Union ist der Zusammenschluss von mindestens zwei Staaten. Bei einer ‚Währungsunion‘ handelt es sich somit um einen Zusammenschluss von Ländern, in denen die gleiche Währung als offizielles Zahlungsmittel gilt. In Europa haben sich die meisten Staaten der Europäischen Union zusammengeschlossen und den Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Seit der Einführung 2001 gilt dieser mittlerweile in 17 europäischen Staaten als offizielles Zahlungsmittel.

Wirtschaftslage

Unter ‚Wirtschaftslage‘ versteht man den Zustand der Wirtschaft eines Staates oder Europas oder sogar der Welt. Man spricht dann von der globalen Wirtschaftslage. Ob eine gute oder eine schlechte Wirtschaftslage vorliegt, lässt sich an verschiedenen Einflussgrößen ablesen. Dazu gehören zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Bruttosozialprodukt (BSP) oder auch die Höhe der Staatsverschuldung. Bei der Euro-Krise handelt es sich um eine Staatsschuldenkrise in Griechenland, so dass man dort von einer schlechten Wirtschaftslage ausgehen kann.